

In Hannover ist ein Streit um die Umbenennung der Hindenburgstraße entbrannt. Anders als viele andere Städte hat die niedersächsische Landeshauptstadt ein besonderes Verhältnis zu dem Generalfeldmarschall, der sie 1911 zu seinem Alterssitz gewählt hatte. 1915 zum Ehrenbürger ernannt, überließ die Stadt ihm im Oktober 1918 eine Villa im Zooviertel zum lebenslangen Nießbrauch. Doch verdient es Hindenburg heute noch, dass Straßen seinen Namen tragen?

»wirsindhindenburgstraße«

Vor vier Jahren gelangte der Beirat des Projektes »Wissenschaftliche Betrachtung von namengebenden Persönlichkeiten« in Hannover zu dem Schluss, dass die seit 1965 existierende »Hindenburgschleuse« im Bezirk Misburg-Anderten sowie die Hindenburgstraße im Bezirk Mitte (seit 1916) umzubenennen sind. Im August 2018 sprach sich der dortige Rat dafür aus, dass die einstmalig Hindenburg entgegengebrachte Ehrung aufgrund des gewachsenen demokratischen Bewusstseins nicht weiter aufrechtzuerhalten sei und eine antirepublikanisch gesinnte und politisch belastete Persönlichkeit wie er eine besondere Hervorhebung im Straßenschild nicht mehr verdiene. Dem Antrag der SPD-Vertreter schlossen sich die Grünen und die Linkspartei an. CDU und FDP stimmten dagegen.

Die CDU trumpfte am 14. September 2018 an ihrer in der Hindenburgstraße gelegenen Landeszentrale mit dem Banner »wirsindhindenburgstraße« auf. Das Boulevardblatt *Bild* blies ins gleiche Horn und beklagte für die Anwohner sogar den Verlust von »einem Stück Heimat« – wegen eines Straßenschildes! Eine »Initiative Hindenburgstraße« gründete sich. Ihr sich als linker Sozialdemokrat verstehender Sprecher Ludwig Meyer ließ in der *Neuen Presse* verlautbaren: »Geschichte muss aufgearbeitet werden. Sie kann nicht einfach ausgelöscht werden, indem man Straßennamen auswechselt.« Auf der Sitzung des Bezirksrats Mitte am 17. September 2018 ging es bereits hoch her. Etwas aber fiel auf: Von Theodor Lessing, dem bedeutenden Kulturphilosophen, der in Hannover wegen seiner Kritik an Hindenburg 1925 einer beispiellosen antisemitischen Hetzkampagne ausgesetzt war, im Jahr darauf seine Lehrbefugnis an der Technischen Hochschule verlor und auf den Nazis am 30. August 1933 in seinem Exil in Marienbad tödliche Schüsse abgaben, war nicht die Rede – auch im weiteren Verlauf des Streites nicht.

Die Initiative für den Erhalt des Namens Hindenburgstraße wandte sich heftig gegen die Entscheidung des Bezirksrats Mitte und ließ ein Gutachten von Historikern und Juristen erstellen. Meyer sandte es im November 2019 an Stadt- und Kulturobere sowie an die Fraktionen des Rates und des Bezirksrates Mitte. Das Gutachten soll die historische Bewertung des Projektbeirates widerlegen, setzt sich für die weitere Benennung nach Hindenburg ein und plädiert für das Aufstellen einer Informationstafel. Doch der erwünschte Erfolg stellte sich nicht ein.

Am 9. November 2020 beschloss die rot-rot-grüne Mehrheit im Bezirksrat Mitte die Umbenennung von Hindenburg- in Loebensteinstraße. »Wo derzeit noch ein Politiker geehrt wird, welcher der faschistischen Gewaltherrschaft erheblichen Vorschub geleistet hat, wird künftig eine Erinnerung daran zu finden sein, wohin diese letztlich führte«, so der Linken-Politiker Dirk Machentanz. Der Hinweis bezog sich auf Lotte-Lore Loebenstein, am 25. Juni 1932 in Hannover geboren. Ihre Eltern wohnten mit ihr seit Mai 1934 in der Hindenburgstraße. Im August 1937 flüchtete die Familie nach Amsterdam. Mit ihren Eltern ist Lotte-Lore im Mai 1943 in das Konzentrationslager Sobibor verschleppt und dort ermordet worden.

Die »Hindenburgianer« ließ das ungerührt. Weiterhin von CDU und FDP unterstützt, setzte die Initiative ihren Kampf fort. Ludwig Meyer hat für sie im Juni 2021 Klage beim Verwaltungsgericht Hannover eingereicht, was mit einer aufschiebenden Wirkung verbunden ist. Es geht dabei wohl um vermeintliche Verfahrensfehler, weil die mit der Umbenennung der Straße entstehenden Kosten für die Anwohner nicht berücksichtigt worden seien. Zudem befänden sich in der Straße viele Büros und Geschäftsleute, die ebenfalls zusätzliche Aufwendungen befürchteten und



Verschwindet sein Name bald aus Hannover? Es wäre wünschenswert (undatierte Aufnahme mit historischer Beschriftung)

Vergiftete Erinnerung

Wider Geschichtsvergessenheit und Revisionismus. Der Streit um die Hindenburgstraße in Hannover – und Theodor Lessing. **Von Helmut Donat**

wegen ihrer jeweiligen »Corporate Identity«, zu der die Firmenadresse gehöre, keinen Wechsel des Straßennamens wünschten.

Ein Gutachten pro Hindenburg

Zu den Motiven der Initiative und dem von ihr vermutlich veranlassten Gutachten: Offenbar identifiziert sich Meyer in einem bedenklichen Maße mit Hindenburg. Das überrascht, denn heutzutage vertritt – von den meisten AfD-Vertretern einmal abgesehen – kaum mehr ein Politiker jene deutsch-völkischen und preußisch-militaristischen Positionen, die Hindenburg verkörperte. Anderes kommt hinzu. Es gab in der Zeit vor 1933 sehr viele Politiker und Menschen, die nicht den Fehleinschätzungen von Hindenburg unterlagen und das auch aussprachen. Warum orientieren sich Meyer und seine Mitstreiter nicht an ihnen? Die Antwort darauf ist ebenso einfach wie entlarvend. Die Deutschen sollen sich bei ihrem Lernen aus der Geschichte Hindenburg weiter zum Vorbild nehmen, zur Not als negatives Beispiel. Darauf soll die Geschichtsschreibung künftig eingeschworen werden! Außerdem: Wer Hindenburg – aus welchen Gründen auch immer – retten will oder sich schützend vor ihn stellt, legt die Identifikation mit einem Täter nahe. Das ist in dem Streit neben der Tatsache, dass Theodor Lessing als alternativer Namensgeber gar nicht erst erwogen wurde, der eigentliche Skandal.

Das Gutachten ist verfasst von Manfred von Boetticher, Jürgen Gansäuer, Klaus Oldenhege und Thomas Vogtherr. Nicht erkennbar ist, wer von ihnen für welchen Teil verantwortlich zeichnet. Warum es bis heute nicht veröffentlicht ist, erschließt sich ebenfalls nicht, soll es doch um eine überaus wichtige Stellungnahme gehen. Unklar ist auch, ob es bei der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hannover eine Rolle spielt, das am 22. März 2022 über die Klage verhandeln wird. Warum scheut man sich, die Verantwortlichkeiten zu benennen, und behandelt das Dokument wie eine Geheimschrift? Zudem spricht es für sich, dass sich Meyer bei der Vorstellung des Gutachtens publicityträchtig in der Presse vor einem Hindenburg-Relief abbilden ließ und damit deutlich gezeigt hat, auf welcher Seite auch die Gutachter stehen.

Deren Methode ist es unter anderem, jedes Wort oder jeden Begriff der Darlegungen des Projektbeirates, der die Umbenennung der Straße empfohlen hat, auf die Goldwaage zu legen, um so die damit verbundenen Aussagen in Zweifel zu ziehen und zurückzuweisen. Dabei greifen sie zu Spitzfindigkeiten und machen aus der Mücke einen Elefanten. Nicht zu verkennen ist die Absicht, einem revisionistischen Geschichtsbild das Wort zu reden. Manches erinnert nicht zufällig an die Debatte über die Verantwortung der Wehrmacht am Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Schon damals suchten Leugner wie der Bremer Politiker Bernd Neumann die

Verbrechen der Wehrmacht kleinzureden, indem sie von einer »Verstrickung« sprachen.

Hindenburg war aber ebensowenig wie die Größen der Wehrmacht unschuldig. Er war verantwortlich für die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Zudem wusste er genau, welches Risiko er damit einging. Wiederholt hatte er zuvor dem »Führer« der Nazis die Macht verweigert. Noch im November 1932 lehnte er es ab, Hitler präsidiale Vollmachten zu erteilen, und ließ ihm mitteilen, dass dies sich sonst »zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte«. Zu Recht kommentiert der Historiker Dieter Hoffmann in seinem Buch »Der Skandal – Hindenburgs Entscheidung für Hitler«: »Eine überaus hellsichtige Einschätzung, die den totalitären Charakter Hitlers und seiner Partei erfasste. Das Wort »zwangsläufig« lässt die Aussage als etwas Grundsätzliches erscheinen, die aber nur zwei Monate später nicht mehr aufrechterhalten worden ist.«

Bei der Frage, ob und ab wann Hindenburg in der deutschen Öffentlichkeit und Geschichtsschreibung als senil und fremdbestimmt oder aber als unabhängig von Beratern und eigenständig galt, berufen sich die Gutachter unter anderem auf die Hindenburg-Biographie von Walter Görlietz (1953) sowie auf die Publikation

Reichspräsident von Hindenburg verlässt Hannover.

»Hindenburg und der Staat« (1966) von Walther Hubatsch, die beide die letztere Position vertraten. Die Gutachter glauben, damit die Auffassung des Projektbeirats zu widerlegen, wonach erst die jüngere Forschung den Standpunkt, dass Hindenburgs Entscheidung für Hitler ein »Zeichen von Alterssenilität und Fremdbestimmung« gewesen sei, als falsch herausgearbeitet habe. Doch lange Zeit war genau dieser Standpunkt eine weitverbreitete Legende, und die Darlegungen von Görlitz et al. waren mitnichten Allgemeingut. Somit erweist sich die Einschätzung der Beiratsempfehlung keinesfalls als falsch, sondern als durchaus plausibel.

Fragwürdige Zeugen

Die Berufung der Gutachter auf Görlitz und Hubatsch ist zudem sehr fragwürdig. Hubatsch war 1939 Mitarbeiter des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands. Seine Quellenpublikation über Hindenburg und seine Kommentare sind kritisch zu sehen. Sie dienen, so der Historiker Wolfgang Elz, »einer bestimmten apologetischen Zielsetzung: Die Quellen sollen Hubatsch in der umfangreichen einleitenden Darstellung versuchte Ehrenrettung für Hindenburg absichern und ihn vom Vorwurf befreien, durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler für deren Folgen mitverantwortlich zu sein«.

Die Aussage von Hubatsch, dass »das törichte, oft gedankenlos abgeschriebene Wort von der politischen Verschwörung ostelbischer Agrarier in den Bereich der Legende zu verweisen ist«, stellt eine Behauptung ohne jedweden Beleg dar. Die Gutachter aber machen sich das Zitat nahezu wörtlich zu eigen. Zudem ignorieren sie den historisch-politischen Kontext von Hubatschs Publikation, die in der Kontroverse um die Verursachung des Ersten Weltkriegs und um die Frage, ob das Kaiserreich einen Verteidigungs- oder einen Eroberungskrieg führte, eine Rolle spielte. Maßgebliche Teile der bundesdeutschen Historikerkenschaft bezeichneten die Forschungsergebnisse des Historikers Fritz Fischers in dessen Untersuchung »Griff nach der Weltmacht« als anrüchlich

und falsch. Zum anderen übergeht Hubatsch das größtenwahnsinnige Gebaren der Obersten Heeresleitung (OHL) unter Hindenburg und Ludendorff. In ihrer Denkschrift an den Reichskanzler vom 14. September 1917 formulierten die beiden Kriegsziele, die noch heute erschauern lassen: Einverleibung von großen Gebieten in Frankreich, Belgien, Holland und Russland, Schaffung von überseeischen Absatzgebieten in Südamerika, ein Kolonialreich in Afrika etc. Hubatsch unterschlägt die annexionistische Pathologie der OHL, was seine Parteilichkeit erneut offenbart. Dass die Gutachter ihm darin schweigend folgen, verdeutlicht auch ihre unkritische Haltung.

Walter Görlitz, Schriftsteller, Publizist und der zweite Historiker, auf den sich die Gutachter berufen, leitete ab 1955 das Ressort für Kulturpolitik, ab 1968 das für Zeitgeschichte bei der Zeitung *Die Welt*. Auch er war wie Hubatsch bestrebt, Hindenburg zu entlasten. Wie er zu Zeiten des »Dritten Reiches« dachte, ist folgenden Versen von Görlitz zu entnehmen, die der *Spiegel* am 11. September 1962 veröffentlichte: »Ein Genius ist uns erstanden, / ein Stern am Himmelszelt, / er hat den schwersten Kampf bestanden. / Heil Hitler! Unser Held!«

Über die Hindenburg-Biographie von Görlitz vermittelt uns der Schweizer Historiker Arnold Brücher ein ganz anderes Bild, als die Gutachter es nahelegen. Er schreibt: »Görlitz bürdet die Schuld am Zusammenbruch der Verfassung nicht dem Marschall, sondern – wie dieser selbst das getan hat – den (demokratischen) Parteien auf, die das politische Leben durch ihre Uneinigkeit zerrütet hätten. Im einzelnen sucht Görlitz zu zeigen, dass Hindenburg kein einseitiger Freund der ostelbischen Junker gewesen sei, ohne den Leser hierin freilich völlig zu überzeugen (...) Der Verfasser entlastet Hindenburg weitgehend von der Verantwortung für die Hitlersche Machtergreifung (...) Die Uneinigkeit und Schwäche der demokratischen Parteien habe es dem Präsidenten auf die Dauer unmöglich gemacht, ohne die Nazis auszukommen (...) Hindenburg selbst erscheint im Lichte des besorgten Mahners und wohlmeinenden Regisseurs, über den die Entwicklung in tragischer Weise hinwegging (...) So befand sich Hindenburg, nach Görlitz, 1932 auf verlorenem Posten. Dem alten Herrn blieb nichts anderes übrig, als den Pakt mit Hitler zu wagen. Görlitz weicht der Entscheidung der Frage, ob Hindenburgs Fehler seiner Altersschwäche zuzuschreiben sind, aus. Bedenklicher ist die Schonung, welche der Verfasser der Borniertheit des Hindenburgkreises, trotz einzelner Andeutungen, angedeihen lässt (...) So erinnert die Darstellung Görlitz' in vielem an die ominöse Idealisierung, welche die Gestalt Hindenburgs nach dem Ersten Weltkrieg seitens gewisser Rechtskreise erfuh und der zuliebe auch schwere Missgriffe des Marschalls geflissentlich bemäntelt worden sind.« Wie ist diese Einschätzung mit jener der Gutachter vereinbar, und welchen Wert darf man heute dem Buch von Görlitz noch zumessen?

Die Gutachter monieren den Begriff »Sargnagel« als Kennzeichnung der von Hindenburg im November 1919 behaupteten Dolchstoßlegende und ihrem Anteil am Scheitern der Weimarer Republik. Statt eine Begründung zu geben, flüchten sie auf eine abstrakt-nichtsagende Ebene, was angesichts der Bedeutung der Dolchstoßlüge und ihrer Wirkung wenig überzeugt. Es mangelte Hindenburg an politischem Verantwortungsgefühl, indem er die eigene Schuld an der Niederlage denjenigen anlastete, die nicht bereit waren, sich und das Leben anderer für Ziele zu opfern, die auf eine deutsche Hegemonie über Europa hinausliefen. Bereits die Zeitgenossen erkannten das Gewicht der Dolchstoßlegende. So warnte etwa der sozialdemokratische Reichsinnenminister Adolf Kösters in seiner Schrift »Fort mit der Dolchstoßlegende« (1922): »Solange noch große Teile unseres Volkes glauben, dass wir nur deshalb nicht weiterkämpften, weil Verschwörer, Schlappmacher und Phantasten uns daran gehindert haben, solange wird aus diesem Volk keine Nation. In Deutschland wächst ein neues Nationalbewusstsein auf. Es wird demokratisch sein oder es wird nicht sein. Wenn es sich aus der Dolchstoßlegende nährt, wird es keine Dauer haben.«

Hindenburg war hochgradig mitverantwortlich dafür, das deutsche Volk sowohl während des Krieges als auch danach in die Irre geführt

zu haben. Ebenso stand er, so der Rechtsanwalt und Kriegsschulderforscher Richard Grelling, »an der Spitze der Schuldligenschreier«. Er stritt nicht nur die Schuld des Hohenzollernreiches an der Entfesselung des Ersten Weltkrieges ab, er wies auch jede Mitschuld der zivilen und militärischen Reichsleitung ab. Hindenburg leistete einen außerordentlichen Beitrag dazu, dass die Deutschen sich nicht von ihrer militärstaatlichen Vergangenheit lösten und psychologisch weiter im Kriegszustand blieben – »im Hass gegen den äußeren und inneren Feind, in Dünkel und Rachedurst«. Insofern ist gegen den »Sargnagel« nichts einzuwenden, außer vielleicht, dass es eher mehr als einer war.

Totengräber der Republik

Ausführlich widmen sich die »Gutachter« der Frage, ob Hindenburg durch den Rückgriff auf Artikel 48 und die Ernennung von Präsidialkabinetten Verfassungsbruch begangen habe. Auch hier blenden sie den politischen Kontext aus. Das gilt nicht zuletzt für die Entscheidungen der Präsidialkabinette, die mit dem Weg ins »Dritte Reich« untrennbar verbunden waren. So verschaffen sie sich eine vermeintliche Argumentationsebene zwecks Entlastung Hindenburgs. Nur wenig erfährt man über die tatsächlichen Hintergründe. Zwischen 1930 und 1932 verringerte sich die Zahl der vom Reichstag beschlossenen Gesetze von 98 über 34 auf nur noch fünf; hingegen wuchs die der präsidialen Notverordnungen im selben Zeitraum von fünf über 44 auf 66. Die Sitzungen des Reichstages verminderten sich von 94 über 41 auf 13. Die Bilanz verdeutlicht, dass wir es mit einer Macht- und Herrschaftsausübung zu tun haben, die weit entfernt war von den Gepflogenheiten in anderen europäischen Staaten mit demokratisch verfassten Regierungsformen. Die Gewaltenteilung existierte in deutschen Landen faktisch nicht mehr bzw. bestand nur noch in äußerst geringem Maße.

Der Rechtstrend, dem Hindenburg seinen Segen seit 1929/30 gegeben hatte, breitete sich zusehends aus. Insofern war er nicht nur ein »Steigbügelhalter« Hitlers, sondern ein Totengräber der Weimarer Republik. Statt sich dem Militarismus und der Rechtsentwicklung entgegenzustemmen, hat er sie gefördert. Die Gutachter aber charakterisieren Hindenburg als eine Art ehrlicher Makler, der nicht oder kaum anders zu handeln vermochte, als er es getan hat. Ihre Erklärungen kommen bei genauem Hinsehen Allgemeinplätzen nahe. Andreas Dorpalen hat dagegen in seinem Buch »Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik« (1966) dargelegt, dass Hitler es ohne Hindenburg und dessen Unterstützung sowie die Berufung auf den Hindenburg-Mythos wohl nicht gelungen wäre, »das deutsche Volk nur mit nationalistischem Gebrüll in den Schlachthof des Zweiten Weltkrieges zu treiben«.

Kein Wort verlieren die Gutachter über Hindenburgs Rolle im »Osthilfeskandal«. Als »Vater der Osthilfe«, die der Jurist und Autor Rudolf Olden als einen »Raubzug der Großgrundbesitzer gegen den Staat« bezeichnet hat, war Hindenburg selbst in betrügerische Machenschaften involviert und wäre früher oder später in Verruf geraten. Den Ausweg aus dem Dilemma sahen er und die ostelbischen Großgrundbesitzer in einem Bündnis mit der Massenbewegung der Nazis, die die Straßen beherrschte und seit langem darauf aus war, die Republik abzuschaffen. Hitlers Gegenleistung für seine Ernennung zum Reichskanzler bestand darin, den Skandal und alle mit ihm verbundenen Untersuchungen zu beenden – so Hoffmann in seinem bereits genannten Buch.

Ebenso übergehen die Gutachter, dass Hindenburg als ein Kriegsverbrecher zu gelten hat. So wies etwa der Historiker und Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde im Zusammenhang mit dem »Fall Lessing« im Juni 1925 darauf hin, dass »Millionen von Deutschen« in ihm »nur eine für den Massenmord des Weltkrieges und das Elend der Kriegopfer verantwortliche Persönlichkeit« sehen würden. Ähnlich urteilt der Jurist Till Zimmermann in dem von ihm und Nikolaus Dörr verfassten Buch »Gesichter des Bösen«. Danach war

Hindenburg verantwortlich für Verbrechen gegen die Menschheit, ebenso für Kriegsverbrechen, Mord und Freiheitsverrat.

Lessing als Alternative

Anders als Hindenburg hat Theodor Lessing die Nationalisten und Nazis bekämpft – wohl wissend, dass deren Weg in einen neuen Weltkrieg führen würde. Vor diesem Hintergrund wirkt es einigermaßen anachronistisch, wenn Bürger eines demokratisch verfassten Gemeinwesens sich an ausgesprochenen Gegnern von republikanischen Wertmaßstäben orientieren – und nicht an jenen, die sich wie Lessing für ein Leben jenseits von Fremdenhass, Intoleranz, Zerstörung und Deutschtümelei eingesetzt haben. Wie die Menschen in den 1920er Jahren haben wir die Wahl, und ob wir uns für Hindenburg oder Lessing entscheiden: Es sagt etwas über uns und darüber aus, wie wir mit der Geschichte umgehen und was wir aus ihr gelernt haben oder lernen wollen.

Theodor Lessing wäre der letzte gewesen, der sich gegen eine Erinnerung an Lotte-Lore Loebenstein gewandt oder sich selbst in den Vordergrund gerückt hätte. Wie Loebenstein war er ein Opfer des Naziregimes, nicht nur, weil er Jude war, sondern auch als Sozialist und Pazifist galt, und weil er sich lange vor 1933 gegen die Rechtsentwicklung und Zerstörung der Weimarer Republik sowie gegen die deutsch-völkische Ideologie und deren menschenverachtende Ziele gewandt hat. Doch die Warnungen Lessings wie anderer vor dem Bündnis von Hakenkreuz und Stahlhelm verhallen ungehört, und so musste schließlich auch Lotte-Lore Loebenstein als junges Mädchen ihr Leben lassen. Ihre Schicksale sind in einer Weise miteinander verbunden, wie es anderenorts sonst nicht der Fall sein dürfte. Eine Straße in Hannover nach beiden zu benennen und sie nicht weiter einer Persönlichkeit vorzubehalten, der ein überaus großer Anteil an der Etablierung des »Dritten Reiches« zukommt, wäre mehr als nur von symbolischer Bedeutung – weit über Hannover hinaus.

Noch ist die Chance gegeben, in Hannover mehr als nur ein Zeichen zu setzen. Es wäre ein Akt der Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung für zwei viel zu früh aus dem Leben gerissene Menschen. Zugleich schlage ich vor, den Geburtstag von Theodor Lessing am 8. Februar künftig für eine Gedenkveranstaltung vorzusehen, die an ihn erinnert. Dabei sollte vor allem sein Engagement gegen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus, völkisches Denken und Unterdrückung sowie für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und den Erhalt und Ausbau der Demokratie in den Vordergrund gestellt werden. Mehr ist auch an Schulen und Bildungseinrichtungen zu tun. Warum sollten Schülerinnen und Schüler Lessings Engagement für eine Welt ohne Raubbau an der Natur oder ohne weitere Verletzung der Interessen und des Lebensrechtes der einst von den Europäern beherrschten Völker nicht verstehen?

Die bisherige Hindenburgstraße sei daher häufig nach Lotte-Lore Loebenstein und Theodor Lessing benannt. Da es dabei vielleicht auch ums Geld geht: Hannover sollte sich im »Fall Lessing« nicht lumpen lassen – um nicht später mit der Schmach behaftet zu sein, ihren wohl bedeutendsten Republikaner und Sozialdemokraten vor 1933 erneut im Stich gelassen zu haben. Die Stadt hat Hindenburg einst eine Villa zur Verfügung gestellt – was ist ihr Theodor Lessing heute wert?

■ Mehr zum Thema: Helmut Donat: Wider den unrühmlichen Umgang mit der Vergangenheit – Theodor Lessing und die Umbenennung der Hindenburgstraße in Hannover, Donat-Verlag, Bremen 2022, 64 Seiten, 7,80 Euro

■ Am 6. Februar 2021 erschien an dieser Stelle von Helmut Donat ein Plädoyer für die Namensänderung von Straßen und Plätzen, die nach Hindenburg benannt sind: Hinter dem Zero ein Nero.

■ Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:

Hetzverein. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund

Von Manfred Weißbecker